



SCHWERPUNKT

Stadt, Land, Polizei

Anhörung zur Verteilung des Personals in NRW

7. Februar 2017 – Die Präsenz der Polizei in ländlichen Gebieten war Thema einer Anhörung des Innenausschusses. Grundlage war ein Antrag der CDU-Fraktion, in dem sie darstellte, dass die Polizeibehörden in ländlichen Kreisen in den vergangenen Jahren Personal verloren hätten.

Foto: Polizei NRW

In dem Antrag ([Drs. 16/13413](#)) heißt es, dass die Zuweisung von Polizeikräften an die 29 Kreispolizeibehörden im ländlichen Raum (Landratsbehörden) reduziert worden sei. Die Polizeisollstärke sei zwischen 2000 und 2016 um 5,4 Prozent zurückgegangen. Hingegen sei im gleichen Zeitraum die Zielsollstärke im Bereich der 18 Polizeipräsidien der Großstädte in NRW um 6,8 Prozent gestiegen.

Grund für die Entwicklung sei das Berechnungssystem für die Verteilung der Beamten, die sogenannte Belastungsbezogene Kräfteverteilung (BKV). Seit 1996 werden die Polizeistellen abhängig von der Verkehrsunfall- und Kriminalitätsstatistik verteilt. Die CDU-Fraktion fordert, dass geografische bzw. topografische Besonderheiten berücksichtigt werden sollten. Aufgrund der größeren Fläche der Landkreise würden diese damit gestärkt.

Die Sachverständigen bewerteten den Antrag unterschiedlich. Thomas Hendele, Landrat des Kreises Mettmann, sagte, in den Kreisen in NRW lebten mehr Menschen als in den Städten. Darauf nehme das Verteilsystem für die Polizei keine Rücksicht. Die Städte benötigten zwar viel Polizei, aber die Verteilung dürfe nicht einseitig sein. Es habe viele Umorganisationen in den Kreispolizeibehörden gegeben: „In den Landratsbehörden fahren wir auf der letzten Rille.“

Dr. Olaf Gericke, Landrat des Kreises Warendorf, stimmte zu: „Wir haben keine ungenutzten Potenziale mehr.“ Er berichtete, dass es an einem durchschnittlichen Wochenende dazu kommen könnte, dass alle Fahrzeuge im Kreisgebiet gleichzeitig gebraucht würden. Dann müssten Einsätze priorisiert werden. In seiner

Behörde seien in zehn Jahren 25 Stellen weggefallen. Diese Stellen könne man gut gebrauchen, u. a. für Präventionsprogramme.

„Wir können insgesamt mehr Polizei gebrauchen, angesichts der Herausforderungen, die wir haben“, sagte Norbert Wesseler, Polizeipräsident Düsseldorf. Das System der BKV sei im Prinzip gut. Die Fläche in die Berechnung einzubeziehen, lehnte er in seiner Stellungnahme ab: „Die Fläche an sich ist noch keine Belastung, sondern in aller Regel – verglichen mit den Ballungsräumen – eher ein Vorteil bezogen auf die Kriminalitätshäufigkeit.“ Er warb für eine Aufgabenkritik und Strukturreformen, um die Polizeipräsenz zu erhöhen.

„Ziehen an einer Tischdecke“

Die Gewerkschaft der Polizei äußerte in ihrer Stellungnahme, sie erkenne Probleme bei der Personalausstattung der Landratsbehörden. Die Fläche als Rechenfaktor einzubeziehen, wäre aber kein großer Gewinn für die Landkreise, sagte Volker Huß, Sachverständiger der Gewerkschaft. Er warnte vor „Personalkannibalismus“. In der Stellungnahme schrieb die Gewerkschaft, solange zu wenig Personal vorhanden sei, „stellt jede Form der Personalverteilung lediglich das Ziehen an einer Tischdecke von verschiedenen Seiten dar. Mit dem Ergebnis, dass eine Seite des Tisches bloßliegt.“

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) Nordrhein-Westfalen warb in seiner Stellungnahme dafür, ein neues System der Personalverteilung zu erarbeiten. Denn die BKV berücksichtige keine qualitativen Elemente,

„der Mord zählt so viel wie der Diebstahl eines Joghurtbechers“. Der Antrag der CDU greife aber auch zu kurz, weil er diese qualitativen Aspekte der Polizeiarbeit nicht berücksichtige. In der Anhörung sagte Verbandsvertreter Oliver Huth, die Dimensionen der Kriminalität hätten sich verschoben. Früher sei beispielsweise ein Ladendieb im lokalen Umfeld gesucht worden, heute müsse es zum Teil internationale Ermittlungen geben, weil die Banden grenzüberschreitend agierten.

Michael Frücht, Direktor des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei Nordrhein-Westfalen, lobte das Verteilsystem: „Das BKV ist ein taugliches und ein lernendes System.“ Und durch Sockelstellen werde die Grundausstattung der Behörden sichergestellt. Er sagte, dass es zu wenig Polizei gebe, bei der Ausbildung neuer Polizisten gehe es aber voran. „Wir brauchen Kontinuität in der Ausbildung.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft führte in ihrer Stellungnahme aus, dass verkehrs- und kriminalitätsspezifische Entwicklungen u. a. „von polizeilicher Präsenz, Einsatzkonzepten sowie Schwerpunkteinsätzen“ mit beeinflusst würden. Eine Bekämpfung dieser Phänomene könne zu einer Reduzierung des künftig zugewiesenen Personals führen. Es gebe aber für jede Kreispolizeibehörde einen Grundsockel an Planstellen, um Schwankungen abzufangen. sam

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.